

Vorlage Stadtparlament

Datum 5. Mai 2026
Beschluss Nr. 1477
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament:
Interpellationen

Interpellation Robin Eichmann, Sinah Eisenring: Neonazi-Aufmarsch gewähren, Antifaschistischen Protest repressiv unterdrücken: Polizei in St.Gallen sendet gefährliches Signal; schriftlich

Robin Eichmann und Sinah Eisenring sowie 22 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 17. Februar 2026 die beiliegende Interpellation «Neonazi-Aufmarsch gewähren, Antifaschistischen Protest repressiv unterdrücken: Polizei in St.Gallen sendet ein gefährliches Signal» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

1.1 Allgemeines zur Bewilligung von Demonstrationen

Wenn der Gebrauch des öffentlichen Grundes nicht mehr bestimmungsgemäss oder gemeinverträglich ist, liegt gesteigerter Gemeingebrauch vor. Gesteigerter Gemeingebrauch auf öffentlichem Grund bedarf einer polizeilichen Bewilligung.¹ Diese Bewilligungspflicht hat zum Ziel, verschiedene Nutzungsbedürfnisse unter Vermeidung von Konflikten zu koordinieren.² Die Bewilligungspflicht infolge gesteigerten Gemeingebrauchs betrifft im Einklang mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung³ auch politische Demonstrationen, mit oder ohne Umzug.⁴ Bei der Ausübung ideeller Grundrechte wie insbesondere der Meinungs-, Versammlungs- sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit besteht indes ein bedingter Anspruch auf gesteigerten Gemeingebrauch. Bei der Inanspruchnahme von solchen ideellen Grundrechten soll das Bewilligungsverfahren darauf abzielen, deren Ausübung zu ermöglichen. Das bedeutet, dass die Bewilligung erteilt werden muss, wenn keine gewichtigen Interessen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entgegenstehen. Eine darüber hinaus gehende Inhaltskontrolle ist nicht zulässig⁵, auch provozierende Demonstrationen sind grundsätzlich

¹ Vgl. Art. 8 des Polizeireglements vom 16. November 2004 (PolR; SR 412.11). Siehe auch Art. 21 ff. des Strassengesetzes vom 12. Juni 1988 (StrG; sGS 732.1).

² Vgl. Ulrich Häfelin / Georg Müller / Felix Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. A., Dike Verlag AG, Zürich/St.Gallen 2020, Rz 2274 ff.

³ Vgl. BGE 127 I 164.

⁴ Vgl. Art. 8 Abs. 1 lit. a PolR.

⁵ Vgl. BGE 132 I 256.

zu bewilligen.⁶ Eine Demonstration darf nicht allein deshalb untersagt werden, weil mit der Teilnahme von Personen zu rechnen ist, die in ihrer Gesinnung tatsächlich oder mutmasslich dem politischen Extremismus zuzuordnen sind. Der Gefahr von Konflikten kann im Rahmen einer Bewilligungserteilung mit Bedingungen oder Auflagen begegnet werden.⁷ Die Verweigerung einer Bewilligung darf hingegen nur «ultima ratio» sein. Dies gilt erst recht dann, wenn die Verweigerung eine Veranstaltung betreffen soll, welche nicht selber unmittelbar für die bestehende Konfliktsituation verantwortlich ist.⁸

1.2 Zu den Demonstrationen am 14. Februar 2026

Für den Samstag, 14. Februar 2026, waren in der Stadt St.Gallen zwei Demonstrationen bewilligt, welche sich beide gegen eine Impfpflicht im Kanton St.Gallen richteten.⁹ Die erste Demonstration – jene der Gruppierung «Mass-Voll» – sollte um 12.30 Uhr am Kornhausplatz starten, durch die Innenstadt führen und wieder zum Kornhausplatz zurückführen. Die zweite Demonstration begann um 13.30 Uhr beim Leonhardspärkli und endete dort nach einem Umzug durch die Innenstadt auch wieder. Diese zweite Demonstration, an der rund 300 Personen teilnahmen, verlief ohne Probleme und endete kurz nach 16.00 Uhr. Bei der Demonstration der Gruppierung «Mass-Voll», an der rund 600 Personen teilnahmen, kam es hingegen zu Vorfällen. An der Demonstration nahmen auch Personen teil, welche der Gruppierung «Junge Tat» zuzurechnen sind. Die Stadtpolizei hatte infolge entsprechender Aufrufe in den sozialen Medien Kenntnis von möglichen Störaktionen gegen diese Demonstration. Sie stand mit einem verstärkten Aufgebot im Einsatz und wurde durch Mitarbeitende der Kantonspolizei St.Gallen unterstützt.

Am Besammlungsort der «Mass-Voll»-Demonstration am Kornhausplatz musste festgestellt werden, dass sich Demonstrationsteilnehmende mit Hellebarden ausstatteten. Polizeilicherseits wurde zunächst in Erwägung gezogen, das Mitführen der Hellebarden zu dulden, sofern dies in der Mitte des Umzugs geschehen würde. In der Folge ergab sich indes, dass rund 30 mehrheitlich verummumte Personen vom Oberen Graben in die St.Leonhard-Strasse einbogen und zu rennen begannen. Diese Gruppierung bewegte sich vorgängig von der Museumstrasse via Bohl über den Marktplatz zum Oberen Graben. Es wurden Transparente mitgeführt, die sich gegen Rechtsextremismus bzw. Faschismus richteten, und pyrotechnische Gegenstände gezündet. Für diesen Umzug bestand keine Bewilligung, und bei der Stadtpolizei wurde auch keine beantragt. Die Polizei sperrte die St.Leonhard-Strasse auf Höhe Schützengasse, um ein direktes Durchbrechen in Richtung «Mass-Voll»-Demonstration zu verhindern. Daraufhin rannten die Personen in die Schützengasse bzw. Hintere Schützengasse, wo schliesslich vier Personen polizeilich angehalten wurden. Es wurden zudem pyrotechnische Gegenstände sichergestellt. Für den Demonstrationsumzug von «Mass-Voll» ordnete die Stadtpolizei daraufhin an, dass keine Hellebarden mitgeführt werden durften. Die für die Demonstration Verantwortlichen lehnten dies ab, worauf die Bewilligung für den Demonstrationsumzug entzogen wurde.¹⁰ Die

⁶ Vgl. Ulrich Häfelin / Georg Müller / Felix Uhlmann, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. A., Dike Verlag AG, Zürich/St.Gallen 2020, Rz 2306, mit Bezugnahme auf die einschlägige Rechtsprechung.

⁷ Vgl. Art. 14ter Abs. 2 PolR.

⁸ Vgl. Basler Kommentar Bundesverfassungsrecht, Art. 22 BV, Maya Hertig, in: Bernhard Waldmann, Eva Maria Belser, Astrid Epiney, Bundesverfassungsrecht, 2. A., Helbing Lichtenhahn Verlag 2025, Rz 29.

⁹ Siehe dazu auch die Vernehmlassung zur [Totalrevision des kantonalen Gesundheitsgesetzes](#).

¹⁰ In diesem Kontext wurde durch einen Polizeivertreter auch die mediale Wirkung angesprochen. Es ging dabei nicht darum, über Kompromisse für einen medial guten Auftritt zu verhandeln, sondern darum, die Demonstrationsverantwortlichen zum Einlenken zu bewegen.

Demonstrierenden marschierten trotzdem in Richtung Innenstadt los. Um eine Eskalation gerade auch mit Auswirkungen auf Dritte zu verhindern, wurde polizeilich davon abgesehen, den Demonstrationsumzug zu stoppen. Die Polizei musste in der Folge verschiedentlich Einfluss nehmen, um Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern zu verhindern. Ab 14.00 Uhr löste sich die Kundgebung auf dem Kornhausplatz auf.

Die Polizei hielt mehrere Personen an; einige waren den (potentiellen) Störaktionen, andere dem Demonstrationsumzug von «Mass-Voll» zuzuordnen. Die angehaltenen Personen stammten aus der ganzen Deutschschweiz. Die Bearbeitung von Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft ist im Gange. Aufgrund der Vorkommnisse kam es zu zeitweiligen Behinderungen des Individual- und öffentlichen Verkehrs. Im Nachgang lagen keine Informationen vor, wonach es zu verletzten Personen oder Sachbeschädigungen gekommen wäre. Zweieinhalb Wochen später wurde durch die Medien der Vorwurf aufgegriffen, ein Demonstrationsgegner hätte anlässlich seiner polizeilichen Anhaltung einen Rippenbruch erlitten. Bis anhin kam es dazu jedoch zu keiner direkten Kontaktaufnahme mit der Stadtpolizei.¹¹

2 Beantwortung der Fragen

- 1. Welche konkrete Gefährdungsbeurteilung lag zum Zeitpunkt der Intervention an der Kreuzung Schützengasse/St. Leonhard-Strasse vor, die den unmittelbaren Einsatz von Pfefferspray und körperlicher Gewalt gegen die Gegendemonstrierenden rechtfertigte?*

Am Kornhausplatz war der Besammlungsort der «Mass-Voll-Demonstration». Wie eingangs ausgeführt wurde, bogen rund 30 mehrheitlich verummte Personen vom Oberen Graben in die St.Leonhard-Strasse ein und begannen zu rennen. Es bestand die erhebliche Gefahr, dass ihr Ziel die «Mass-Voll»-Demonstration war. Die Polizei war gehalten, das Risiko einer Konfrontation zwischen den beiden Lagern möglichst zu unterbinden, was entsprechendes polizeiliches Handeln erforderlich machte. Dabei musste im Bereich der Schützengasse Pfefferspray eingesetzt und im Rahmen der Verhältnismässigkeit teilweise körperlicher Zwang angewendet werden, als mehrere Personen auf zwei Polizeiangehörige zurannten.

- 2. Welche Aufforderungen, Warnungen oder Deeskalationsmassnahmen wurden vor dem Einsatz von Zwangsmitteln ausgesprochen und wie wurden diese kommuniziert (Lautsprecher, Einzelsprache, Durchsageprotokoll)?*

Für eine entsprechende Kommunikation stand keine Zeit zur Verfügung. Die Ereignisse am Oberen Graben bzw. an der St.Leonhard-Strasse entwickelten sich derart rasch, dass unverzügliches polizeiliches Handeln erforderlich wurde.

¹¹ Siehe dazu den Beitrag [«Polizeigewalt in St. Gallen: Nach Rippenbruch eine Mauer des Schweigens»](#) im Onlinemagazin Das Lamm.

3. *Waren diese Massnahmen im Rahmen der grundrechtlichen Verhältnismässigkeitsprüfung erforderlich, geeignet und zumutbar? Stellten sie das mildeste Mittel dar (Subsidiarität)? Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgte der Einsatz von Pfefferspray sowie das Fixieren einzelner Personen?*

Zum polizeilichen Grundauftrag der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung¹² gehört insbesondere auch die Gefahrenabwehr. Dabei ist die Polizei in ihrem Vorgehen, insbesondere auch bei der Verwendung von Einsatz- bzw. Zwangsmitteln, an den Grundsatz der Verhältnismässigkeit¹³ gebunden. Die Polizei hat die Befugnis, aus polizeirechtlichen oder strafrechtlichen Gründen¹⁴ Personen anzuhalten und einer Kontrolle zu unterziehen. Am 14. Februar 2026 musste die Polizei unverzüglich und konsequent handeln, um ein direktes Aufeinandertreffen der beiden Lager zu verhindern. Es ist nicht erkennbar, dass sie unverhältnismässig vorgegangen wäre.

4. *Wer erteilte den Einsatzbefehl zur Auflösung der Gegendemonstration und zum Einsatz von Zwangsmitteln (Funktion, Kommandoebene, Stadtpolizei-Kantonspolizei?), und existieren hierzu schriftliche Einsatzbefehle oder Einsatzprotokolle?*

Unter dem Begriff Gegendemonstration kann der Umzug von der Museumstrasse bis zum Oberen Graben verstanden werden. Ab diesem Zeitpunkt lag nach polizeilicher Beurteilung offensichtlich das Ziel in Störaktionen gegen die «Mass-Voll»-Demonstration. Durch polizeiliche Vorkehrungen im Bereich der St. Leonhard-Strasse und der Schützengasse wurde verhindert, dass es zu einem Zusammentreffen mit der Demonstration am Kornhausplatz kommen konnte. Danach fand sich die Gegnerschaft der «Mass-Voll»-Demonstration nicht mehr zu einer grösseren Gruppierung zusammen.

Die Polizei hat zu keinem Zeitpunkt eine Gegendemonstration aufgelöst. Vielmehr erfolgten die polizeilichen Massnahmen zur Gefahrenabwehr insbesondere an der St. Leonhard-Strasse und Schützengasse. Diese mussten jeweils rasch getroffen werden; schriftliche Anordnungen bestehen dazu nicht. Der Einsatz wurde durch die Einsatzleitung der Stadtpolizei veranlasst, die Einsatzleitung wurde dabei durch einen Polizeioffizier wahrgenommen. Der Entscheid über den Einsatz von Pfefferspray oblag den jeweils handelnden Polizeiangehörigen.

5. *Nach welchen Kriterien entschied die Polizei, den unbewilligten Demonstrationszug nicht zu stoppen, gleichzeitig jedoch die Gegendemonstration aktiv aufzulösen?*

Zum Umgang mit der Demonstration ab Kornhausplatz siehe die Ausführungen in der Ausgangslage, betreffend Auflösung der Gegendemonstration die Antwort zur Frage 4. Es ging vornehmlich um die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, was auch das Unterbinden von Störaktionen beinhaltete.

¹² Vgl. Art. 12 Abs. 1 lit. a und Art. 13 Abs. 1 lit. a Polizeigesetz (PG; sGS 451.1).

¹³ Vgl. im Allgemeinen Art. 3 PG und im Besonderen Art. 44 PG (Körperlicher Zwang) und Art. 45 f. (Waffengebrauch).

¹⁴ Vgl. Art. 28a PG und Art. 215 Strafprozessordnung (SR 312.0).

6. *Wie beurteilt der Stadtrat die Verhältnismässigkeit des unmittelbaren Einsatzes von Zwangsmittel ohne jeglichen Versuch die Gegendemonstrant*innen und ihre Meinungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit zu schützen oder mit ihnen in den Dialog zu treten?*

Am 14. Februar 2026 ging es für die Polizei gerade auch darum, Konfrontationen zwischen der «Mass-Voll»-Demonstration einerseits sowie Demonstrationsgegnerinnen und -gegnern anderseits zu verhindern. Dies entspricht dem polizeilichen Grundauftrag der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Situation war bisweilen so akut, dass unverzügliches polizeiliches Handeln erforderlich war. Die Dialogmöglichkeiten sind in solchen Situationen naturgemäss eingeschränkt.

7. *Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass hier unterschiedliche Massstäbe gegenüber unbewilligtem Aufmarsch und Gegenprotest angewendet wurden? Falls nein, worin konkret macht er die Gleichbehandlung fest?*

Es ist nicht erkennbar, dass unterschiedliche Massstäbe angewendet worden wären. Der Massstab war in jeder Hinsicht die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Dabei sollte insbesondere auch verhindert werden, dass es zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern kommt.

8. *Hält der Stadtrat es politisch für vertretbar, dass ein rechtsextremer, unbewilligter Demonstrationzug stattfinden kann? Dies insbesondere wenn der Gegenprotest unmittelbar und eskalativ unterbunden wird? Falls ja, weshalb?*

Der Stadtrat erachtet es als durchaus stossend, wenn sich im öffentlichen Raum politischer Extremismus manifestiert. Neben politischen Aspekten sind allerdings gerade in Bezug auf Demonstrationen auch die rechtlichen Vorgaben zu beachten. Dabei ist auch festzustellen, dass weder «Mass-Voll» noch die «Junge Tat» verbotene Organisationen sind. Der Vorrang rechtlicher Kriterien kann dazu führen, dass sich im öffentlichen Raum politische Ausrichtungen zeigen, die man als problematisch ansehen kann. Der Stadtrat unterstützt die Durchführung von Gegendemonstrationen, sofern diese mit der Stadtpolizei koordiniert und entsprechend bewilligt erfolgen.

9. *Wie sieht die konkrete Planung der Aufarbeitung aus? Fachlich innerhalb der Stadtpolizei aber auch politisch innerhalb der Gremien der Stadt St.Gallen? Ist der Stadtrat bereit die Erkenntnisse öffentlich zu machen?*

Die Stadtpolizei führt nach jedem grösseren Polizeieinsatz eine interne Nachbeurteilung durch. Dies war auch im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 14. Februar 2026 der Fall. Darüber hinaus ist eine strafrechtliche Auf- bzw. Nachbearbeitung im Gange. Vor diesem Hintergrund erachtet der Stadtrat eine zusätzliche Aufarbeitung als nicht erforderlich.

10. *Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat aus den Ereignissen hinsichtlich Einsatzleitung und Zusammensetzung der Polizeikräfte, Entscheidungsabläufe, dem Einsatz von Zwangsmitteln und Umgang mit politischen Gegenversammlungen?*

Demonstrationen müssen auch in der Stadt St.Gallen möglich sein. Dass sie der eigenen Sichtweise nicht immer entsprechen, ist dabei hinzunehmen. Die Ereignisse vom 14. Februar 2026 stellten aus Sicht des Stadtrats eine Herausforderung dar, welche durch die Polizei angemessen und mit der

erforderlichen Flexibilität bewältigt werden konnte. Besondere Konsequenzen aus den Ereignissen drängen sich aus Sicht des Stadtrats nicht auf.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Andy Markwalder

Beilage:
▪ Interpellation vom 17. Februar 2026